Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 50

Artikel: Die Planwirtschaft steht zur Diskussion (IV) : Gründung einer Comecon-Behörde

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076831

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dipa Nusantara Aidit, der Mann, der den Glauben an Gott in das Statut seiner kommunistischen Partei aufnahm.

gleichen. In das Statut der materialistischen, atheistischen KP wird der Glaube an Gott aufgenommen.

Auch die nationalistischen Parolen, die eine wichtige Rolle in Aidits Programm spielen, sind eigentlich parteifremd.

Nationalismus ist nach der Theorie des Marxismus-Leninismus eine bürgerliche Idee. Ihm steht entgegen der «proletarische Internationalismus», zu dem das Kommunistische Manifest aufruft. Aber: «Alles ist gut, was dem Zweck dient.»

Eine so offensichtliche Verleugnung der kommunistischen Idee ist für Aidit recht. Aber es geschah, weil die Macht, die Eroberung der Macht die höchste Aufgabe der Partei ist. Auch Lenin hat dies schon so bestimmt.

Obwohl die KPI von innen und aussen unterstützt wird, hat ihr Weg zur Macht noch immer seine Hindernisse. Starke Gegner des Kommunismus sind die religiösen Gruppen: die Muselmanen und die Christen Indonesiens. Ausser diesen Kräften stellt die Armee eine harte Gegnerschaft dar.

Der Verteidigungsminister Nasution, der zugleich stellvertretender Oberbefehlshaber der Armee ist, gilt als Gegner des Kommunismus. Sein Einfluss reicht sehr weit. General T. B. Simatupang, ehemaliger Chef der indonesischen Armee, betätigt sich als führende Persönlichkeit im Leben der christlichen Kirche.

Die Sowjetunion und China unternehmen natürlich alles, um das Inselland in die Hand zu bekommen. In den letzten Monaten war in Djakarta eine intensivierte Tätigkeit des Ostblocks bemerkbar: der Besuch der rumänischen Regierungsdelegation, eine indonesische Militärdelegation in Peking, Handelsabkommen mit der UdSSR, indonesische Bankdelegation in Moskau. Im Oktober erfolgte die Uebergabe von drei sowjetischen Kriegsschiffen an Indonesien. Nunmehr besitzt Indonesien in Südostasien die stärkste Kriegsflotte. Auch sind in Indonesien Raketenbasen unter sowjetischer Kontrolle im Aufbau. Die nahe Zukunft wird über die weitere Entwicklung Indonesiens entscheiden.

Die Planwirtschaft steht zur Diskussion (IV)

Gründung einer Comecon-Behörde

Einer der bedeutendsten Vorschläge zur Wirtschaftsreform, die Chruschtschew auf dem ZK-Plenum äusserte (siehe KB, Nrn. 48 und 49), betraf die Errichtung einer einheitlichen Planungsstelle für die Comecon-Länder. Die Ankündigung ist noch nicht gerade verbindlich (soweit hat der Parteichef auf die «Souveränität» seiner Satelliten noch zu achten), wurde aber doch in einem sehr fordernden und bestimmten Ton vorgetragen. Die Konsequenzen für die Volksdemokratien wären — falls das Projekt verwirklicht würde — beträchtlich: Sie würden bezüglich der wirtschaftlichen Basis nahezu Teile der Sowjetunion, und weil laut marxistischer Theorie die wirtschaftliche Basis den politischen Ueberbau bestimmt, auch politisch einverleibt.

Bei der Schaffung eines gemeinsamen Planungsorgans mit Kompetenz zu verbindlichen grundsätzlichen Anordnungen müssten folgende Punkte ins Auge gefasst werden:

- **Die zentrale Planungsbehörde für den EWG-Raum würde selbstverständlich unter sowjetischer Leitung stehen. Für die einzelnen Länder bedeutet das Unterstellung unter die von Moskau zentral gelenkte Planung.**
- **Die Budgets der einzelnen Länder müssten sich ebenso der überstaatlichen Planung anpassen, wie sie bisher den einzelnen Jahresplänen untergeordnet waren.**
- **Die Durchführung der vom zentralgeleiteten Planungsorgan gefassten Beschlüsse müsste durch einen neuen überstaatlichen Zwangsapparat gewährleistet werden. In Frage kämen strafrechtliche Sanktionen, wie sie gegenwärtig bei nicht erfüllten Wirtschaftsverpflichtungen zwischen zwei Sowjetrepubliken mit Schärfe angewandt werden.**
- **Die Rechtsstruktur der einzelnen Staaten müsste deshalb ebenfalls nach Moskauer Diktat vereinheitlicht werden.**
- **Die RGW-Staaten würden nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in die Lage der jetzigen Sowjetrepubliken versetzt, die von der Moskauer Zentrale abhängig sind.**

So sagte es K

Zu diesem Thema führte der sowjetische Partei- und Regierungschef auf der Plenarversammlung des KPdSU-ZK aus:

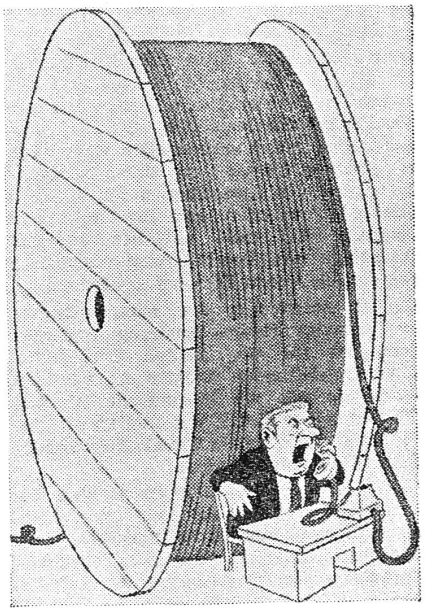
Die sozialistischen Länder haben bereits von Anfang an, indem sie ihre nationale Wirtschaft allseitig festigten, die Wirtschaftsverbindungen allseitig entwickelt, einander Hilfe geleistet und dabei grosse Erfolge erzielt.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen erhöht sich unsere Verantwortung für die Ausnutzung der gewaltigen Vorzüge, die sich aus der Existenz des sozialistischen Weltsystems ergeben. Gerade deshalb gewinnt die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder, die auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus beruht, besondere Bedeutung. Man muss in Betracht ziehen, dass das sozialistische Weltsystem schnell zu einem grossen Industriezentrum der Welt wird. Sein Anteil an der Weltproduktion ist zur Zeit bereits auf etwa 37 Prozent gestiegen.

Die nationale Industrie der sozialistischen Länder kann sich in Zukunft auf der Grundlage der sozialistischen Arbeitsteilung in noch schnellerem Tempo entwickeln. Dies wird den Prozess um ein vielfaches beschleunigen, der zur Ueberlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus auf dem Gebiet der materiellen Produktion — in dieser entscheidenden Sphäre des gesellschaftlichen Lebens — führt.

Das sozialistische Weltsystem sichert nicht nur die fortschreitende und harmonische Entwicklung der Wirtschaft des Sozialismus, sondern leistet auch den Völkern der schwachentwickelten Länder, allen Kräften, die für Frieden, sozialen Fortschritt und Demokratie kämpfen, gewaltige Unterstützung.

Wir müssen klug alle Vorzüge des sozialistischen Systems der Planwirtschaft nutzen. Die Kooperierung und Spezialisierung wird in allen Industriezweigen eine automatisierte Massenproduktion unter Anwendung moderner Methoden ermöglichen. Die Wissenschaft und der schöpferische Geist der Konstrukteure schaffen Bedingungen dafür, dass ständig neue Methoden und vollkommene Maschinen in die Pro-



Was, ihr braucht ein Telephonkabel? Woher sollen wir denn das nehmen?

(«Krokodil», Moskau)

duktion eingeführt werden, dass die Industrie nicht bei alten abgenutzten, moralisch verschliessenen Ausrüstungen stehenbleibt. Das ist das Gesetz, von dem wir uns in unserer Arbeit leiten lassen müssen.

Wir haben ein riesiges Land. Es verfügt über unerschöpfliche Hilfsquellen. Natürlich kann man in den Grenzen unseres Landes mit Erfolg neue, moderne Methoden der Fliessbandproduktion anwenden. Wir dürfen aber nicht nur an unser Land und an die Entwicklung der eigenen sozialistischen Wirtschaft denken. Wir dürfen unsere Wirtschaft nicht losgelöst von den sozialistischen Bruderrepubliken, besonders von denen, die über beschränkte Rohstoffquellen verfügen und eine geringe Industrieproduktion haben, entwickeln. Wenn jedes sozialistische Land nur für sich selbst sorgen würde, käme es in eine schwierige Lage und hätte nicht die Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Ergebnisse zu erzielen, die die Massenfliessbandproduktion liefert.

Bekanntlich gehen sogar die kapitalistischen Länder zur Kooperation der Produktion und zur Arbeitsteilung über, weil sie darin mehr Vorteile für sich sehen.

Um so mehr müssen die sozialistischen Länder, die eine gemeinsame Ideologie, eine Einheit der politischen Anschauungen haben, voll und ganz die Vorzüge ihrer sozialistischen Wirtschaft nutzen.

Jetzt ist eine engere Koordinierung der Produktionspläne der Länder erforderlich, die dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören.

Bei der Ausarbeitung der Entwicklungspläne der Wirtschaft muss man die Interessen aller Länder berücksichtigen, solche Produktionsarten entwickeln, die gegenwärtig am vorteilhaftesten sind. Einige sozialistische Länder besitzen viele Rohstoffarten und andere notwendige Hilfsquellen für die Entwicklung der Wirtschaft nicht. In solchen Fällen ist es offensichtlich notwendig, zwischenstaatliche Wirtschaftsvereinigungen auf kommerzieller Grundlage, mit gleichen Anteilen, mit einem bestimmten Anteil von Investitionen für die Produktion dieses oder jenes Erzeugnisses zu schaffen. Das muss natürlich auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den sozialistischen Ländern geschehen.

Es ist notwendig, die wirtschaftlichen und organisatorischen Anstrengungen aller dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Länder zu vereinen, damit sie alle die Möglichkeit erhalten, die Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik für die Entwicklung ihrer Wirtschaft zu nutzen.

Die Moskauer Beratung der Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Regierungschefs der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die im Juni 1962 stattfand, war ein grosses Ereignis im Leben der Völker der sozialistischen Gemeinschaft. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es für die Vertreter der Länder, die dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehören, in nicht ferner Zukunft notwendig sein, erneut auf höchster Ebene zusammenzutreffen, um auf dem Wege der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen weiteren Schritt vorwärts zu tun.

Wir müssen kühner an die Schaffung eines für alle Länder gemeinsamen einheitlichen Planungsorgans herangehen, das aus Vertretern aller dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe angehörenden Länder besteht. Dieses Planungsorgan muss sich aus bevollmächtigten Vertretern zusammensetzen, die gemeinsame Pläne aufstellen und organisatorische Fragen entscheiden, um die Entwicklung der Wirtschaft der Länder des sozialistischen Systems zu koordinieren.

Aussichten?

Wie weit diese totale Zentralisierung des RGW-Raumes tatsächlich durchgeführt werden kann, ist fraglich, denn schon die gegenwärtigen Koordinierungsbestrebungen der Produktion stossen auf den Widerstand der einzelnen Länder. Ferner muss darauf hingewiesen werden, dass sich — laut jüngsten Meldungen — das bisherige sowjetische Planungssystem als unfähig erwiesen hat, die Wirtschaft des Landes mit Erfolg zu leiten. Wenn nun das Gebiet der zentralen Planung sich weiter vergrössert, kann noch weniger mit einer erfolgreichen Planungstätigkeit gerechnet werden. (Fortsetzung folgt)

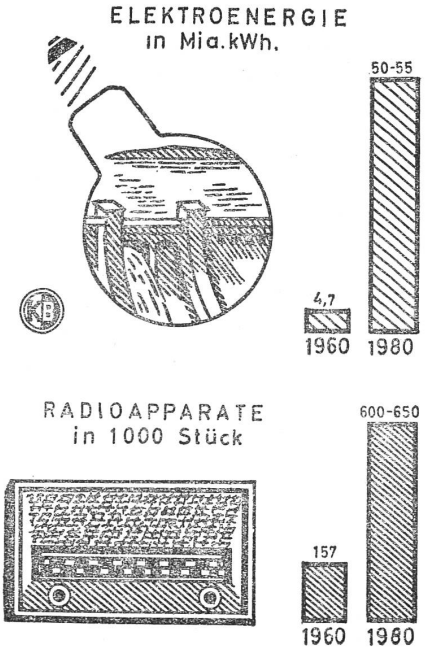
Wirtschaft

Bulgarien

Perspektive von unten

Das ergänzende Gegenstück zu den bulgarischen Perspektiven auf dem Versorgungssektor (siehe KB, Nr. 48) stellt die geplante Entwicklung der Industrieproduktion dar, von deren hohen Zielen unsere beiden Zeichnungen (Elektroenergie und Radioapparate) einen Begriff geben.

So sehr sich die Parallele in bezug auf diese triumphierenden und natürlich höchst ungenauen Darstellungen aufdrängen mag, so ist sie doch inhaltlich nicht so weitreichend. Sprachen wir bezüglich der Landwirtschaft von einer «euphoristischen Zukunftsmalerei, mit der die Bevölkerung über die gegenwärtigen misslichen Bedingungen hinweggetröstet werden soll», so ist bezüglich der Industrialisierung die Lage schon insofern anders, als beträchtliche Erfolge tatsächlich schon erzielt wurden und weiterhin erzielt werden. Letztes Jahr war die Industrieproduktion des Landes 14mal höher als 1939, und das Zuwachstempo nimmt vorderhand immer noch zu. Betrug der durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion zwischen 1953 und 1957 noch 12,7 Prozent, so lag er im Zeitabschnitt 1958 bis 1960 bereits auf 16,2 Prozent. 1965 will man um 70 Prozent mehr produzieren als 1960, und es scheint möglich, dass dieses Vorhaben einigermassen erfüllt wird. Die beschleunigte Entwicklung betrifft insbesondere das Hüttenwesen, die grossindustriellen Betriebe, den Maschinenbau und die Kraftwerke. Ein weiterer, stark «getriebener» Zweig ist die chemische Industrie, namentlich die Kunstdüngerherstellung.



Während andere Volksdemokratien (soeben etwa Polen) wieder kleiner werdende Zuwachsraten melden, hält in Bulgarien die Beschleunigung also noch an. Das liegt an der auch auf Ostblockverhältnisse noch unterentwickelten Industrialisierung, die sich somit noch im Anfangsstadium des kräftigen Wachstums befindet und dazu besondere Unterstützung durch den Comecon erhält, zum Teil auf Kosten der andern sowjetischen Satellitenstaaten.

Nicht zu vergessen aber ist vor allem das kommunistische Wirtschaftsprinzip (von Chruschtschew noch auf der letzten ZK-Sitzung bestätigt), wonach die Schwerindustrie immer Vorrang vor der Bedürfnisdeckung für die Bevölkerung erhält. Verschiebungen im Verhältnis werden jeweils mit grossem propagandistischem Lärm angekündigt, sind aber nur relativ zu verstehen. Der Prioritätsgrundsatz für die Schwerindustrie besteht nach wie vor.

Soziales

CSSR/Schweiz

Diskrimination der Frauenarbeit

Die Zeitschrift «Probleme des Friedens und des Sozialismus», welche in verschiedenen Sprachen erscheint und Theorie und Propaganda der KP betreibt, pflegt in Nummer 10 dieses Jahres einen Meinungsaustausch über «die Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft».

Dazu erscheint unter anderm ein Beitrag aus der Schweiz, gezeichnet Henriette Rouget. Sein allgemeines Motiv ist eine Klage über das mangelnde Interesse unserer Frauen an der KP. («Die Partei verfügt auch jetzt über einen Stamm von ergebenen und aktiven Parteiarbeiterinnen, es sind zumeist Frauen im Alter von über 40 Jahren, ausgewählt aus den Reihen der Hausfrauen, der Ehefrauen der Genossen.») Soweit, so erfreulich.

Nun erwähnt aber die Verfasserin unter den Postulaten der PdA die Forderung «Gleiche Arbeit — gleicher Lohn» und führt weiter vorne den Beweis für die Diskriminierung der Frauenarbeit: «Man muss ferner hervorheben, dass der durchschnittliche Stundenlohn der schweizerischen Werktätigen bedeutend niedriger ist, als man ihn gewöhnlich hinzustellen sucht: Im Oktober 1961 betrug er 3,83 Schweizer Franken für Männer und 2,44 Franken für Frauen.»

Wie es sich trifft, hätte Henriette Rouget das PdA-Postulat auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit gleich der KP der Tsche-